Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9972**
14. Wahlperiode 13. 09. 2002

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Für eine glaubwürdige Politik gegenüber der vom Irak ausgehenden Bedrohung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Von der Aufrüstung des Irak mit Massenvernichtungswaffen – insbesondere mit B- und C-Waffen – geht eine Bedrohung des internationalen Friedens aus. Die Sicherheit Europas mit seiner geografischen Nähe zum Nahen und Mittleren Osten ist unmittelbar betroffen.

Die Erfahrung zeigt, dass Saddam Hussein nicht davor zurückschreckt, Massenvernichtungsmittel einzusetzen. Der Schaden, den der Irak mit seinen militärischen Fähigkeiten – auch durch die mögliche Weitergabe an terroristische Strukturen – anrichten kann, würde das am 11. September 2001 in New York und Washington angerichtete Unheil um ein Vielfaches übersteigen.

Mit seinem Aufrüstungsprogramm sowie mit seiner Weigerung, die VN-Inspektoren ins Land zu lassen, verstößt der Irak massiv gegen die in der VN-Resolution 687 beschlossenen und von Saddam Hussein akzeptierten Waffenstillstandsbedingungen. Danach muss der Irak bedingungslos auf den Erwerb und die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen verzichten und im ganzen Land den uneingeschränkten Zugang von VN-Waffeninspektoren gewähren. Bislang hat Saddam Hussein allerdings hierzu keine Bereitschaft gezeigt. Vielmehr hat er die Inspektoren seit 1998 nicht mehr ins Land gelassen.

Die internationale Staatengemeinschaft und hier besonders Europa müssen mit aller Entschlossenheit für eine Rückkehr der VN-Waffenkontrolleure in den Irak eintreten. Der Irak muss die VN-Beschlüsse für umfassende und ungehinderte VN-Waffeninspektionen in seinem Land in vollem Umfang erfüllen.

Es gilt alles zu unternehmen, um Saddam Hussein mit friedlichen Mitteln zur Wiederaufnahme der Waffeninspektionen zu bewegen.

Der amerikanische Präsident George W. Bush hat in seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York deutlich gemacht, dass die Vereinigten Staaten sich darum bemühen, die maßgebliche Rolle der Vereinten Nationen in dieser Frage zu stärken. Dabei soll der bisher von den Vereinigten Staaten beschrittene Weg der Abstimmung amerikanischer Maßnahmen mit der internationalen Staatengemeinschaft, wie etwa bei der weltweiten Anti-Terror-Koalition, beibehalten werden.

Niemand will einen Alleingang der USA gegenüber dem Irak – weder wir Europäer noch die Amerikaner selbst. Die jüngsten Einlassungen des Bundeskanzlers an die Adresse der USA, insbesondere der Vorwurf einer kriegerischen Abenteuerpolitik, entbehren der Grundlage und untergraben die über Jahrzehnte gewachsene transatlantische Partnerschaft. Mit der überzogenen Kritik an den

Vereinigten Staaten durch führende SPD-Politiker hat sich die Bundesregierung auch gegenüber den wichtigsten Partnern in der Europäischen Union in unverantwortlicher Weise isoliert. Damit verbaut sich die Bundesregierung die Möglichkeit, aktiv die internationale Irak-Politik mitzugestalten.

Es kann bei der Antwort auf die irakische Bedrohung keinen „deutschen Weg“, sondern lediglich einen „europäischen Weg“ geben. Deshalb müssen alle Anstrengungen unternommen werden, mit unseren Partnern in Europa sowie im Atlantischen Bündnis eine einheitliche Position zu finden.

Vor diesem Hintergrund fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

1. konsequent der Tatsache Rechnung zu tragen, dass von der Aufrüstung des Irak mit Massenvernichtungswaffen – insbesondere mit B- und C-Waffen – eine Bedrohung des internationalen Friedens ausgeht und die Sicherheit Europas unmittelbar betroffen ist,
2. den internationalen Druck auf Saddam Hussein zu verstärken, durch einen gemeinsamen europäischen Weg eine Isolierung Deutschlands zu überwinden,
3. die Autorität der Vereinten Nationen zu wahren und dem Deutschen Bundestag darzulegen, welche zusätzlichen Maßnahmen aus ihrer Sicht notwendig sind, damit im Irak wirksam und lückenlos sichergestellt wird, dass der von den Vereinten Nationen geforderte bedingungslose Verzicht auf Erwerb und Entwicklung von Massenvernichtungswaffen gewährleistet ist bzw. bereits produzierte Waffen vernichtet werden,
4. auf der Grundlage des Vorschlags des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac dem Irak seitens der Vereinten Nationen eine Frist zur Wiederzulassung der Waffeninspektoren zu setzen.

Berlin, den 13. September 2002

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333